

Barbara Bialas

Promille-Grenzen,  
Vorsatz und  
Fahrlässigkeit



**PETER LANG**

Europäischer Verlag der Wissenschaften

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	23
1. Der Begriff der Fahruntüchtigkeit im Rahmen der §§ 315c I Nr. 1a, 316 StGB	23
a) Absolute Fahruntüchtigkeit	23
b) Relative Fahruntüchtigkeit	24
2. Das Merkmal der Fahruntüchtigkeit als Bezugspunkt für Vorsatz und Fahrlässigkeit	25
3. Folgen der Rechtspraxis	27
a) Irrtümer	27
b) Rückwirkungsverbot	28
4. Widersprüche der Rechtspraxis	29
a) Der Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung	29
b) Allgemeine Bindungswirkung	30
c) Kriminalpolitische Intention	30
5. Fragestellung der Arbeit	31
6. Zur Vorgehensweise der Untersuchung	33
1. Kapitel:	
Die Entwicklung der Promille-Grenzen und Intentionen in dieser Entwicklung	
I. Der Anknüpfungspunkt für die heutige Geltung der Promille-Grenze als Beweismerkmal: Urteil des RG vom 6.3.1941	35
II. Die Auffassung der medizinischen Wissenschaft als Grundlage der Entscheidung	36
1. hinsichtlich des Beweiswertes der Promille-Grenze	36

2.	hinsichtlich der kritischen Alkoholwerte	36
3.	Gründe des RG für die Aufnahme der Promille-Grenze in das Rechtswesen trotz der uneinheitlichen wissenschaftlichen Erkenntnisse	37
	a) Einfache und sichere Beweisführung, insbesondere der Feststellungen zur Schuld	37
	b) Förderung der allgemeinen Verkehrsdisziplin und Selbstentlastung des Täters	38
III.	Parallele gesetzliche Entwicklung der Alkoholdelikte	39
1.	Die Tatbestände	39
2.	Hintergründe der verschärften Tatbestandsregelung	40
3.	Die Rolle der Promille-Grenzen im Zuge dieser Entwicklung	40
	a) Beweismerkmal	41
	b) Stellungnahme der Literatur	41
IV.	Die Entscheidung des BGH vom 5.11.1953 ("1,5-Promille-Entscheidung")	42
1.	Die Entscheidungsgrundsätze	42
2.	Die Kritik an der Entscheidung des BGH	43
3.	Gegenbemühungen und Einführung der relativen Fahruntüchtigkeit	44
V.	Weitere Entwicklung der Alkoholtatbestände: Die Tatbestände und Intention der Gesetzgebung	45
VI.	Die Senkung der 1,5 Promille-Grenze auf 1,3 Promille durch BGH-Beschluß vom 9.12.1966	47
1.	Entscheidungsgrundlagen	48
	a) Bindung der Rechtsprechung an naturwissenschaftliche Erkenntnisse	48
	b) Die Gutachten des Bundesgesundheitsamtes	48
	c) Grundwert und Sicherheitszuschlag	49
2.	Rückwirkende Anwendung der Promille-Grenze	49
VII.	Die Einführung eines Formaldeliktes, § 24a StVG	50
1.	Ursachen der gesetzgeberischen Aktivität	51
2.	Der Tatbestand	52
3.	Zielsetzung der Gesetzgebung	53
4.	Angleichung der Rechtsprechung	53
VIII.	Die Senkung der Promille-Grenze von 1,3 auf 1,1 Promille	54

1.	Vorentwicklung	54
2.	Die Senkung des Grenzwertes durch den Beschluß des BGH vom 28.6.1990	55
	a) Begründung für die Senkung des Grundwertes	56
	b) Begründung für die Senkung des Sicherheitszuschlages	57
3.	Rückwirkende Anwendung des gesenkten Grenzwertes	57
4.	Stellungnahme der Literatur	58
IX.	Aktuelle Bestrebungen in der "Promille-Grenzen-Politik"	58
1.	Im Bereich der §§ 315c I Nr. 1a, 316 StGB	58
2.	Im Bereich des § 24a StVG	60
	a) Die Rechtslage in der ehemaligen DDR	60
	b) Die Absenkung des Gefahrgrenzwertes von 0,8 auf 0,5 Promille	62
X.	Kritische Stellungnahme zur Entwicklung der Promille-Grenzen und Überleitung zur Untersuchung	65

## 2. Kapitel:

### Dogmatische Qualität der Promille-Grenzen

I.	Die unterschiedlichen Ansätze in Literatur und Rechtsprechung	69
1.	Die Anhänger der "Beweisregel-Lösung"	69
2.	Der Standpunkt von <i>Naucke</i> : "Die Tatbestandsmerkmals-Lösung"	71
3.	Würdigung der unterschiedlichen Ansätze und Einleitung der Untersuchung	73
II.	Der Straftatbestand im Spiegel der historischen Entwicklung	74
1.	Tatbestandsbildung in der Zeit der Aufklärung - Trennung von materiellem und formellem Strafrecht	74
2.	Tatbestandsbildung und Gesetzespositivismus	76
3.	Die Tatbestandsbildung bei <i>Feuerbach</i> und seine Theorie des psychologischen Zwangs	79
	a) Aufgabe und Zweck des Strafrechts	79
	b) Typisierung des Tatbestandes	80
	c) Verengung des Verhältnisses von materiellem und formellem Strafrecht	83

	d) Die Unterscheidung von kategorischem und hypothetischem Gesetz	84
4.	Die Tatbestandserweiterung durch v. Liszt	85
5.	Recht und Rechtsanwendung in der Kieler Schule	86
6.	Die Normkonzeption der Risikogesellschaft	88
	a) Die Forderungen der Risikogesellschaft	88
	b) Das Strafrecht in der Effektivitätskrise	89
	aa) Die positive Generalprävention als Lösungsansatz	89
	bb) Die Normkonzeption <i>Jakobs</i>	90
	c) Die Auswirkungen des präventiven Strafrechts auf die Straftatbestände	91
	d) "Alter Wein in neuen Schläuchen": Die relativen Elemente der positiven Generalprävention und ihre Weiterentwicklung	95
	aa) Die relativen Elemente	95
	bb) Ausweitung des Strafrechts auf das Verhältnis Staat - Bürger	97
	e) Kritik an der positiven Generalprävention	98
	f) Zusammenfassung	99
III.	Typisierung und Aussageinhalt der Fahruntüchtigkeit im Vergleich zur Promille-Grenze	100
1.	Begriffsinhalt der Fahruntüchtigkeit	100
2.	Sprache als Ursache für die auftretenden Beweisschwierigkeiten	101
	a) Das Kerproblem: Die Präzisierung des Zeitpunktes der schädlichen Alkoholbeeinträchtigung	101
	b) Die ursprünglichen Präzisierungsversuche zum Zustand der Alkoholbeeinträchtigung	101
3.	Inhaltliche Bestimmung der Promille-Grenzen	102
4.	Folgen der Bindung der Fahruntüchtigkeit an die Promille-Grenze: Vom formellen Erkenntnisatz zum materiellen Rechtssatz	104
5.	Die Wirkung der "absoluten Promille-Grenze"	105
	a) Die Wirkung eines herkömmlichen Tatbestandsmerkmals und seine Auslegung in der Rechtsprechung	106
	aa) am Beispiel des § 223 StGB	106
	bb) als Ausfluß des Deterministen-Schemas	107

b) Die Auflösung des deterministischen Systems durch Zahlenwerte	108
aa) Die Wirkung von Zahlenwerten am Beispiel des § 223 StGB	108
bb) Folgen der Anwendung für das Verhältnis Tatbestand - Rechtsfolge	110
cc) Die Anlehnung an Feuerbachs kategorische Normkonzeption	111
c) Konsequenzen für das Verhältnis von absoluter Promille-Grenze und Fahruntüchtigkeit: Ein "unbedingtes" Tatbestandsmerkmal	111
d) Konsequenzen für das Verhältnis des relativen Grenzwertbereiches zur absoluten Promille-Grenze: Ein "bedingtes" Tatbestandsmerkmal	112
IV. Rückblick - Ausblick: Zusammenfassung des Kapitels und Überleitung zur Untersuchung über die Feststellungen der Rechtsprechung zu Vorsatz und Fahrlässigkeit	113

### 3. Kapitel:

#### Die Feststellungen der Rechtsprechung zu Vorsatz und Fahrlässigkeit

I. Bedeutung der Unterscheidung zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit	117
II. Die vorsätzliche Begehung	117
1. Die einzelnen Umstände des Falles als Problemansatz	118
2. Die Höhe der Blutalkoholkonzentration, bzw. die Menge des getrunkenen Alkohols als Lösungsansatz	119
3. Die Lösungsansatz der überwiegenden Auffassung in Literatur und Rechtsprechung	120
4. Stellungnahme	122
a) Vorsatz und Risikowissen	122
b) Anwendung der Rechtsfigur der "Parallelwertung in der Laiensphäre"	123
c) Die Entwicklung von einer Betrachtung "ex-post" zu einer generellen Betrachtung "ex-ante"	124
d) Die Fingierung des Willens im Sinne der Vorstellungstheorie	125
III. Die fahrlässige Begehung	126
1. Der strenge Sorgfaltsmaßstab der Rechtsprechung	126
2. Ein "typisches" Beispiel nach Koch	127

3.	Die Fahrlässigkeitshaftung als subjektiver Auffangtatbestand	130
	a) Der "überpersönliche" Gerechtigkeitsgedanke der Fahrlässigkeitshaftung	132
	b) Annäherung an die Rechtsfigur der "objektiven Strafbarkeitsbedingung"	133
	c) Beweggründe für den strengen Sorgfaltsmaßstab	134
4.	Der subjektive Fahrlässigkeitsvorwurf bei § 24a StVG	135
5.	Relative Fahruntüchtigkeit und subjektiver Fahrlässigkeitsvorwurf	136
6.	Zusammenfassung	137
IV.	Gründe für die Schwierigkeiten der Feststellung einer vorsätzlichen Begehung	138
1.	Die Schuldvermutungen nach <i>Feuerbach</i>	139
	a) Bedingung seines Grundkonzepts	139
	b) Die "praesumptio doli"	140
	c) Auswirkungen auf den Schuldbegriff	141
	d) Gesetzesbeispiele	142
	e) Versuche <i>Feuerbachs</i> , die Schuldvermutungen abzuschwächen	142
2.	Kritik an <i>Feuerbachs</i> Begriffen von Vorsatz und Fahrlässigkeit	143
3.	Der Indizienbeweis als neuer Lösungsansatz	145
4.	Promille-Grenzen und Schuldvermutungen	147
	a) Die Promille-Grenze als Fiktion	147
	b) Die Wirkung auf die subjektive Seite der Tat	148
	c) Die Promille-Grenzen als bedingte bzw. unbedingte Schuldvermutungen	149
5.	Konsequenzen für die Fahrlässigkeitshaftung	149
6.	Erklärungsversuche für das Ausweichen der Rechtsprechung auf die Fahrlässigkeitshaftung	151
	a) Strafdrohung und Strafwahrscheinlichkeit	151
	b) Die Wahrnehmungsmöglichkeit des Rechtsanwendenden von naturwissenschaftlichen Erkenntnissätzen zum Zeitpunkt der Tat	151
	c) Ergebnis	153
V.	Auswirkungen auf den Schuldgrundsatz	153
1.	Enge Verknüpfung des materiellen Schuldbegriffes mit dem Begriff der geringen Schuld im Strafverfahrensrecht	153

2.	Bestimmung der Schuld nach dem sozialen Zweck	156
	a) Promille-Grenzen als Instrumente der Risikogesellschaft	157
	b) Analyse vor dem Hintergrund der Ökonomischen Analyse des Rechts	160
	aa) Grundsätze der Ökonomischen Analyse des Rechts	160
	bb) Grenzen der Ökonomischen Analyse des Rechts und Folgen ihrer Übertragung auf das Strafrecht	161
3.	Kritik und Ergebnis	163
VI.	Zusammenfassung der Ergebnisse im Hinblick auf Promille-Grenzen, Vorsatz und Fahrlässigkeit	169

#### 4. Kapitel:

#### Grenzwerte, Vorsatz und Fahrlässigkeit im Bereich der Straßenverkehrs-, Betäubungsmittel- und Umweltdelikte

I.	Einleitung und Überblick	173
II.	Straßenverkehrsdelikte	175
	1. Gesetzlich festgelegte Höchstgeschwindigkeit	175
	2. Die Feststellungen zu Vorsatz und Fahrlässigkeit	176
	a) Vorsatz	176
	b) Fahrlässigkeit	177
	3. Kriminalpolitische Intention	179
III.	Betäubungsmitteldelikte	180
	1. Richterlich festgesetzte Höchstgrenzwerte	180
	2. Die Feststellungen zum Vorsatz	182
	3. Irrtümer und Bedeutung der größeren Relevanz der Irrtumsfrage im Bereich der Betäubungsmitteldelikte im Vergleich zu den Alkoholdelikten	183
	a) Irrtümer	183
	b) Bedeutung der größeren Relevanz der Irrtumsfrage im Bereich der Betäubungsmitteldelikte	184
	4. Kriminalpolitische Intention	186
IV.	Umweltdelikte	187
	1. Verwaltungsrechtliche Höchst- und Überwachungsgrenzwerte	187
	a) Höchstgrenzwerte	188



b) Überwachungsgrenzwerte	189
2. Die Feststellungen zu Vorsatz und Fahrlässigkeit	190
a) Vorsatz	190
b) Fahrlässigkeit	191
V. Zusammenfassung und Gesamtbetrachtung zu der Entwicklung und Anwendung von Grenzwerten, Vorsatz und Fahrlässigkeit	193

## 5. Kapitel:

### Die Rolle der Gesetzgebung in der "Grenzwertpolitik"

I. Legitimitätserwägungen	197
II. Akzeptanz von Zweckerwägungen	197
III. Der Gesichtspunkt der Flexibilität	199
IV. Folgen für die entsprechende Anwendung des Rückwirkungsverbot bei Änderung von Grenzwerten durch die Rechtsprechung	199

## 6. Kapitel: Lösungsmöglichkeiten

I. Einordnung der Promille-Grenzen als "objektive Strafbarkeitsbedingung"	203
1. Existenzberechtigung der objektiven Strafbarkeitsbedingung	204
2. Konsequenzen der dogmatischen Einordnung der Promille-Grenzen als objektive Strafbarkeitsbedingung: Eine Stellungnahme zu einer "sachgerechten Entscheidung"	205
3. Wie können absoluter und relativer Grenzwertbereich von der Rechtsfigur der objektiven Strafbarkeitsbedingung erfaßt werden?	206
II. Die Gefährdung als Bezugspunkt für Vorsatz und Fahrlässigkeit	208
1. Der Begriff der "Gefährdung"	208
2. Konsequenzen für das Verhältnis von Gefährdung und subjektiver Seite der Tat	212
3. Zwischenergebnis	216
4. Konkretisierung des Begriffes "Gefährdung"	216
a) Konkretisierung durch Individualisierung der Gefährdung	217
b) Individualisierung der Gefährdung in bezug auf bedeutende Sachwerte	217
c) Kritische Würdigung des Konkretisierungsversuches	218

5.	Ergebnis	219
III.	Regelung der Alkoholproblematik durch das Verwaltungsrecht?	220
IV.	Einordnung der Alkoholdelikte in das Zivilrecht?	223
V.	Einführung eines Alkoholverbotes am Steuer?	228
1.	Das "Für und Wider" eines allgemeinen Alkoholverbotes	228
	a) Parlamentarische Durchsetzbarkeit	228
	b) Die kriminalpolitische "Wirksamkeit" und die "Schutzwirkung" des Alkoholverbotes	229
2.	Die Bindung des allgemeinen Alkoholverbotes an eine konkrete Gefährdung für Leib oder Leben eines anderen Verkehrsteilnehmers	231
	a) Der Begriff der konkreten Gefährdung	232
	b) Das Problem der Einnahme eines Alkohol enthaltenden Medikamentes	233
	c) Das Verhältnis von Alkoholverbot, konkreter Gefährdung und subjektiver Seite der Tat	234
	d) Anwendung des § 11 II StGB	236
	e) Zusammenfassung des Lösungsansatzes	238
VI.	Ausblick auf die Einführung einer Volksunfallversicherung als Lösungsansatz für die Grenzwertproblematik in anderen Delikt-bereichen	239
	 Gesamtzusammenfassung	 247
	 Literaturverzeichnis	 251

